



Sachbearbeitung	Bildung und Sport		
Datum	04.09.2009		
Geschäftszeichen	BS-230-Se/hö		
Beschlussorgan	Schulbeirat	Sitzung am 29.09.2009	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 381/09

---

Betreff: Doppelter Abiturjahrgang 2012

Anlagen: 1

**Antrag:**

Vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Gerhard Semler

---

Genehmigt: BM 2.OB.ZS/F	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
_____	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

## Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

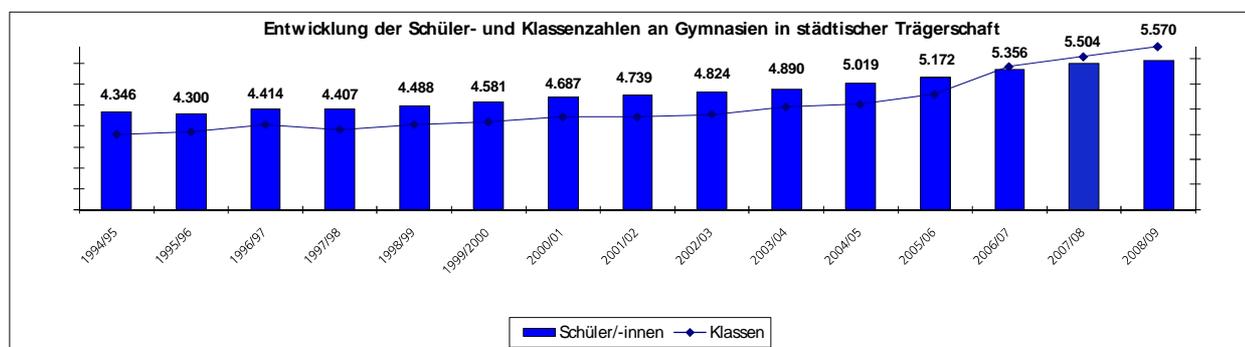
---

Finanzielle Auswirkungen:	Ja
Auswirkungen auf den Stellenplan:	Nein

---

### 1. Ausgangslage

Die Schülerentwicklung an Ulmer Gymnasien ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen, wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.



Erst nach Erreichen des Jahres 2012/13 ist durch den Wegfall der Jahrgangsstufe 13 mit einer Reduzierung der Schülerzahl zu rechnen.

Infolge der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) zum Schuljahr 2004/05 wird es im Jahr 2012 zwei Abiturjahrgänge geben. Die Schülerinnen und Schüler des ersten G8-Jahrganges und des letzten G9-Jahrganges werden das Abitur ablegen. Beide Jahrgänge werden bereits auf der Kursstufe zusammengeführt; auch die Abiturprüfung wird nicht getrennt nach G9 und G8-Schülern gestaltet, sondern es wird im Abitur 2012 eine gemeinsame Prüfungsaufgabe für die beiden Jahrgänge geben.

### 2. Problemstellung

#### a) Ausbildungs- und Studiensituation

Die Schulabgänger fragen sich, welche Chancen sie nach ihrem Abitur beim Start in das Studium oder in das Berufsleben haben werden. Auch Eltern sorgen sich um die Zukunftschancen ihrer Kinder, zumal im Jahr 2012 neben Baden-Württemberg in drei weiteren Bundesländern sowie im Jahr 2011 in Bayern und im Jahr 2013 in Nordrhein-Westfalen in zwei weiteren bevölkerungsstarken Bundesländern doppelte Abiturjahrgänge das Gymnasium verlassen werden.

Die Abiturienten werden 2012 verstärkt in den Ausbildungsmarkt drängen. Die Sorge ist, dass dann ein Verdrängungswettbewerb einsetzt, unter dem die Realschulabsolventen und insbesondere die Hauptschulabsolventen zu leiden haben.

b) Lehr- und Lernmittelbedarf

Aufgrund der im Zeitraum gemeinsamer gymnasialer Kursstufen in den Schuljahren 2010 – 2012 ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an Lernmitteln, der im Wesentlichen mit Beginn der gemeinsamen Kursstufe im Schuljahr 2010/11 entstehen wird. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hat hierzu ein Schreiben mit dataillierten Hinweisen für den Beginn des Schuljahres 2009/10 angekündigt, welches derzeit mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt wird. Bei Drucklegung dieser Sitzungsvorlage lag dieses Schreiben des Ministeriums noch nicht vor.

Das Land hat im Zuge der G8-Einführung erklärt, dass der Wechsel von G9 auf G8 kostenneutral erfolgen wird. Durch die Umstellung des gymnasialen Bildungsganges von neun auf acht Jahre per se entstehen keine sächlichen Mehraufwendungen. Damit wird der Eindruck erweckt, dass eine Kostenneutralität für die kommunalen Schulträger gewährleistet ist, weil deren Zusatzausgaben im Jahre 2010 durch die Gewährung entsprechend höherer Sachkostenbeiträge für Gymnasiasten im Jahre 2013 ausgeglichen werden. Dies trifft jedoch auch nach Einschätzung der kommunalen Landesverbände definitiv nicht zu.

Die gymnasialen Sachkostenbeiträge werden 2013 aufgrund des Beitragsbemessungsverfahrens durch höhere kommunale Ausgaben 2010 zwar ansteigen. Jeder zusätzliche Euro für Sachkostenbeiträge vermindert aber die allgemeinen Zuweisungen an die Kommunen um genau diesen Euro. Dies liegt daran, dass die Sachkostenbeiträge ausschließlich durch Vorwegentnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich gedeckt werden. Salopp formuliert steckt also das Land mit höheren Sachkostenbeiträgen nur zusätzliches Geld in die rechte kommunale Hosentasche, welches es zuvor der linken kommunalen Hosentasche entnommen hat.

Dies bedeutet, dass dauerhaft und vollständig die Zusatzlasten des G8-Mehrbedarfs im sächlichen Bereich bei den Kommunen verbleiben. Die kommunalen Spitzenverbände verhandeln deshalb derzeit mit der Landesregierung, hier einen Ausgleich zu schaffen.

Um den akuten Lehr- und Lernmittelbedarf an Gymnasien decken zu können, werden für den Nachtragshaushaltsplan 2009 zusätzliche Mittel in Höhe von 15.000 € und für das Haushaltsjahr 2010 30.000 € zur Verfügung gestellt.

c) Raumsituation

Aufgrund der gemeinsamen Kursstufen in den Schuljahren 2010 – 2012 und aufgrund von Baumaßnahmen (Erweiterung und Sanierung) an Ulmer Gymnasien kommt es vereinzelt zu einem erhöhten Raumbedarf, der durch Zurverfügungstellung von Schulräumen außerhalb des Stammgebäudes gedeckt wird.

Kepler-Gymnasium	Raumbedarf kann im Schulgebäude gedeckt werden
------------------	--

Humboldt-Gymnasium	Zusätzlicher Raumbedarf im Schaffnerhaus und in der Martin-Schaffner-GHWRS
Hans und Sophie Scholl-Gymnasium	Wegen der beginnenden Erweiterungsbaumaßnahme wurden 2 bereits vorhandene Schulcontainer zur Verfügung gestellt
Schubart-Gymnasium	Schulraumbedarf kann innerhalb des Schulgebäudes gedeckt werden, gegebenenfalls kann Schulraum durch das freiwerdende Schulgebäude Wagner-Grundschule zur Verfügung gestellt werden.
Anna-Essinger-Gymnasium	Schulraumbedarf kann innerhalb des Schulgebäudes gedeckt werden, gegebenenfalls steht ein Klassenzimmer in der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule (gewerbliche Schule) zur Verfügung
Schulzentrum Ulm-Wiblingen Albert-Einstein-Gymnasium	Durch gleichzeitiges Ansteigen der Schülerzahl im Realschulbereich musste ein Schulraum im Gebäude der Grundschule am Tannenplatz zur Verfügung gestellt werden.

d) Berufliche Gymnasien

Für das Schuljahr 2009/10 bewarben sich zeitgleich Gymnasiasten aus dem Doppeljahrgang des acht- und neunjährigen Bildungsgangs am allgemeinbildenden Gymnasium nach Klasse 10 für die Aufnahme in die Eingangsklasse der beruflichen Gymnasien. Dadurch stieg die Bewerberzahl nach Schulplatz an den beruflichen Gymnasien über das derzeit bestehende Angebot. Aus diesem Grund wurde in Ulm in der Friedrich-List-Schule (kaufmännische Schule) eine weitere Klasse am Wirtschaftsgymnasium eingeführt.

3. **Maßnahmen**

Nach Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport steigt die Anzahl der Studienberechtigten seit 1998 bis 2011 an. Die für die gegenwärtige Nachfrage notwendigen Studienplätze stehen zur Verfügung, das belegen die 2007 nicht vollständig in Anspruch genommenen Studienplätze. Von 2007 bis 2012 wird nach der amtlichen Statistik ein Zuwachs an Studienberechtigten erwartet. In Baden-Württemberg werden bis 2012 nach Mitteilung des Ministeriums sukzessive 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg eingerichtet. Der Ausbau von Studienplätzen betrifft alle Fachgebiete und umfasst sowohl die Universitäten, die Fachhochschulen als auch die dualen Hochschulen (frühere Berufsakademien).

In der Sitzung des Bildungsforums der Stadt Ulm am 09.12.2008 wurde eine

Arbeitsgruppe unter Federführung der Universität Ulm, der Hochschule Ulm und der Agentur für Arbeit Ulm ins Leben gerufen, um für Schüler/-innen in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis ein Konzept zur Studien- und Berufsorientierung für Gymnasiasten im Hinblick auf 2012 zu entwickeln.

Die Ergebnisse des Arbeitskreises sind aus Anlage 1 ersichtlich.

Aufgrund mangelnder Information gibt es hohe Abbrecherquoten bei den Studierenden. Künftig sollen die Schüler/-innen über das BOGY-Programm ab Klasse 9, über Praktika, allgemeine und individuelle Beratung durch die Arbeitsagenturen und Studienberatungen der Universität und Hochschule, über Orientierungstests und Interessenstests, Studieninformationstage und fachspezifische Informationsveranstaltungen der Universität und Hochschule bei der Wahl des Studienganges unterstützt werden. Ab 2011 muss jeder Studienbewerber den Nachweis über die Teilnahme an einem Studienorientierungsverfahren erbringen. Die Ausgestaltung des Verfahrens müssen die Hochschulen durch Satzung regeln.

Von Seiten der Agentur für Arbeit gibt es das Angebot, in den Klassen 10 – 13 Projekttag und Seminartage zum Thema Studien- und Berufsorientierung abzuhalten, sowie die Möglichkeit, an Elternsprechtagen oder Elternabenden Ansprechpartner vor Ort zu haben, damit Eltern bei Bedarf unmittelbar Perspektiven für ihr Kind eröffnet werden können. Außerdem können Schüler/-innen den psychologischen Dienst der Arbeitsagentur nutzen, wenn es um eine Eignungsabklärung geht.

Von Seiten der Hochschule Ulm und Universität Ulm gibt es folgende Angebote für Schüler ab Klasse 11 zum Thema Studien- und Berufsorientierung:

- Einzelberatung zu:
  - Individueller Orientierungshilfe
  - Individueller Entscheidungshilfe
  - Individuellem Informationsmanagement
  
- Informationsveranstaltungen an der Hochschule und in Schulen
  - Studieninformationstage
  - Fachspezifische Infoveranstaltungen
  - Workshops zu Bewerbung und Zulassung
  - Für Eltern „Wie unterstütze ich mein Kind bei der Studien- und Berufswahl“